

Serie: Experten fragen Politiker (letzter Teil)

Im Land der leuchtenden Glühbirnen



Strom, Wärme, Treibstoff: Die Energiefrage ist eines der zentralsten Themen in dieser Welt geworden. Auch die künftige Tiroler Landesregierung muss sich damit intensiv auseinandersetzen

Das Problem Energie wird auch die künftige Regierung beschäftigen – nicht nur in der Frage der Kraftwerksbauten.

Der Energieverbrauch ist eines der zentralsten globalen Themen der Zukunft. Dieselpreise, die sich gewaschen haben, Heizkosten, die von vielen nicht mehr bezahlt werden können. Daran, dass es Al-

ternativen zu fossilen Brennstoffen sowie Einsparungen im Verbrauch geben muss, zweifelt keine Partei. In der vergangenen Legislaturperiode hat die Regierung den Bau bzw. Ausbau von vier (Pump-)Speicherkraftwerken in Tirol beschlossen.

Umweltschützer goutieren dies nicht, wie Wolfgang Retter vom Netzwerk Wasser Osttirol. Er fordert die Parteien mit drei Fragen – vor dem Hintergrund, dass Tirol laut Experten im EU-Vergleich a-typisch hohe Zuwachsraten im Energiever-

brauch habe. Außerdem hätten die naturbelassenen Bereiche in Tirol in den letzten Jahren deutlich abgenommen. Zu den Kraftwerksbauten will er wissen: Wie sehen die – geheimen – Cross-Border-Leasing-Verträge aus? Diese Verträge wurden mit

US-Konzernen abgeschlossen, die Folgen sind schwer absehbar. Es handelt sich um Verträge, die ein Steuerloch in den USA genutzt haben, aber jetzt nicht mehr möglich sind. US-Trusts kaufen, die öffentlichen Betreiber leasen zurück.

► Frage 1

Beim Verbrauch auf die Bremse

Retter: Welche Maßnahmen werden Sie setzen, um die Zuwachsraten einzubremsen, die ja alle Bemühungen um eine Verringerung der Energieabhängigkeit wirkungslos sein lassen?

ÖVP: Mit der Tiroler Energiestrategie wurde eine Grundlage für die Tiroler Energiepolitik erarbeitet. Damit soll der Endenergieverbrauch pro Jahr gesenkt werden. Wichtig sind Information und Bewusstseinsbildung der Bevölkerung und die Fortführung von Aktionen wie „Aus für Stromfresser“ oder der verpflichtende Energieausweis für Gebäude.

SPÖ: Bei Neu- und Altbauten konnte der Energieverbrauch durch die Vorgaben der Wohnbauförderung und gezielte Beratungen stark reduziert werden. Auch Ausschalten des Standby-Modus, Rückbau von Elektroheizungen bis zur Verwendung von Energiesparlampen hilft.

Grüne: Die Summe vieler von uns vorgeschlagenen Einzelmaßnahmen führt zum Ziel. Diese sind jedoch

fast alle an ÖVP/SPÖ gescheitert sind: Tarifliche Anreize zum Stromsparen, Effizienzvorgaben bei Subventionen, aber auch für Schulen, Ämter etc., Gratisberatung für Gewerbe und Handel usw.

Liste Dinkhauser: Programme zur Energieeffizienz starten, Wärmedämmungen massiv stärken.

FPÖ: Stand-By unter 1 Watt, Wärmerückgewinnung in öffentlichen Häusern, gratis Energieberatung, kein Anschlusszwang an Fossil-Kraftwerke, Pendlerpauschale oder ÖBB-Jahreskarte, solare Kühlsysteme, Bauordnung mit Obergrenzen von Heizwärme- und Kühlenergiebedarf.

KPÖ: Eine Idee mit Umverteilungseffekt sind gestaffelte Energiepreise: Der existenznotwendige Bedarf ist gratis, der Durchschnittsverbrauch hat den Normalpreis, und der überdurchschnittliche Verbrauch kostet noch mehr.

Die Christen: Keine Antwort. Zu umfangreiche Fragen. Die heimische Wasserkraft ist schonend zu nutzen!

► Frage 2

Ringeln um die Fließgewässer

Retter: Schließen Sie Kraftwerksplanungen an naturnahen und naturbelassenen Fließgewässerstrecken samt ihren Uferbereichen sowie in Schutzgebieten jeglicher Art aus?

ÖVP: Ein umweltverträglicher Ausbau der heimischen Wasserkraft ist nötig, um die Selbstständigkeit der Energieversorgung und damit die günstigen Strompreise für die TirolerInnen zu sichern. Alle Verfahren sind dabei transparent und mit Einbindung der betroffenen Bevölkerung abzuwickeln. Nach unserem strengen Wasserrechtsgesetz können nur absolut umweltverträgliche Projekte genehmigt werden.

SPÖ: Die Wasserkraft ist für Tirol eine wichtige Ressource, die wir im Sinne der Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit ausbauen müssen – allerdings immer unter Be-

dachtnahme auf Ressourcenschonung und Nachhaltigkeit sowie der Akzeptanz der betroffenen Bevölkerung.

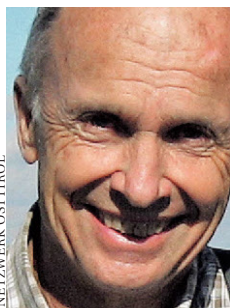
Grüne: Ja. Laut Umweltbericht des Landes können von 188 untersuchten Fließgewässern nur mehr 22 Seitenbäche frei von Kraftwerken fließen. Diese wenigen freien Fließstrecken in Tirol müssen als wertvoller Lebensraum für Menschen, Tiere und Pflanzen erhalten bleiben.

Liste Dinkhauser: Ja.

FPÖ: Eine Abwägung zwischen Naturschutz und Energiegewinnung ist zu treffen. Wasserkraft hat in Österreich eine hohe energiepolitische und volkswirtschaftliche Bedeutung, die Versorgung mit Wasserkraft darf nicht an Großkonzerne gehen.

KPÖ: Fördern, fördern und nochmals fördern.

Die Christen: Keine Antwort.



Fragender: W. Retter

► Frage 3

Transparenz: Ja oder Nein?

Retter: Kraftwerksanlagen wie Sellrain-Silz sind durch den Abschluss von Cross-Border-Leasing-Verträgen (CBL) an US-Trusts verleast worden. Diese CBL-Verträge werden in Tirol noch immer geheim gehalten. Werden Sie dafür eintreten, dass die Vertragsinhalte und ihre möglichen Folgewirkungen öffentlich gemacht werden? Oder werden Sie zumindest dafür sorgen, dass von Experten (wie beispielsweise dem Rechnungshof) das Haftungsrisiko des Landes aus diesen Verträgen geprüft und veröffentlicht wird?

ÖVP: Nein, denn jede Offenlegung wäre nämlich eine schwere Vertragsverletzung mit einem riesigen Haftungs- und Schadenspotenzial. Auch eine Überprüfung durch Experten, beispielsweise vom Rechnungshof, ist nicht zielführend, weil die Verträge längst rechtsgültig abgeschlossen sind. Solche Verträge wurden nicht nur in unserem Bundesland abgeschlossen.

SPÖ: Der Bundesrechnungshof hat die Verträge bereits geprüft, veröffentlicht und

durchaus positiv bewertet. Geheimhaltungsverpflichtungen gegenüber den Vertragspartnern stehen einer Veröffentlichung der Verträge entgegen.

Grüne: Ja, mit vollem Einsatz wie bisher. Die Tirolerinnen und Tiroler haben ein Recht darauf zu wissen, was mit ihrem Eigentum geschieht bzw. welchen Risiken vorgebeugt werden muss.

Liste Dinkhauser: Ja.

FPÖ: Transparenz ist für uns das Um und Auf. Aus unserer Sicht hat der Bürger ein Recht zu erfahren, was mit seinem Geld geschieht. Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese Cross-Border-Leasing-Verträge in ihrer Gesamtheit veröffentlicht werden.

KPÖ: Öffentliches Eigentum gehört allen, daher haben alle auch das Recht auf Informationen. Insgesamt sind wir gegen diese Cross-Border-Leasing-Verträge. Insgesamt fordern wir: Schluss mit dieser Privatisierung von öffentlichen Anlagen und dem Ausverkauf des Familiensilbers.

Die Christen: Keine Antwort.